



**Elke Kreiss &
Christine Buchholz**

**Am 10. & 24. September
DIE LINKE. wählen!**

DIE LINKE.
Kreisverband Offenbach-Stadt

Inhaltsverzeichnis

Präambel.....	3
Liebens- und lebenswerte Stadt.....	5
Kommunale Selbstverwaltung stärken.....	7
Gesundheit ist keine Ware.....	9
Recht auf Arbeit.....	10
Gute Erziehung und Bildung.....	12
Der Mensch im Mittelpunkt.....	15
Kommune für den Frieden.....	17

Impressum

Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur
Oberbürgermeisterwahl in Offenbach am
Main am 10. September 2017,

V.i.S.d.P:
Elke Kreiss
DIE LINKE. Offenbach-Stadt
Tanusstraße 2,
63069 Offenbach

Telefon: 069-25535703
E-Mail:kreisvorstand(at)die-linke-of-
stadt.de

Web: www.die-linke-of-stadt.de
Facebook:www.facebook.com/LINKE.OF

Präambel

DIE LINKE.Offenbach zeigt Flagge...

... und bringt zusätzlich zur Direktkandidatin für die Bundestagswahl, Christine Buchholz, die OB-Kandidatin in Offenbach, Elke Kreiss, ins Rennen. Damit ist DIE LINKE mit zwei engagierten, starken Frauen gut aufgestellt.

Zur Person:

Elke Kreiss: Ich bin gelernte Industriekauffrau und Betriebswirtschaftlerin und habe meine berufliche Laufbahn (fast) hinter mir. Ich kann aus einem reichhaltigen Fundus an Berufserfahrung schöpfen.

Gewerkschaftliche Aktivitäten und die Schwerpunkte Frauen- und Familienpolitik haben einen großen Stellenwert und hohe Priorität in meinem politischen Handeln. Meine Familie und mittlerweile zwei Enkelkinder sind Inspiration und Motivation, weiterhin für eine gerechtere Welt zu kämpfen.

Offenbach ist meine Heimat und uns alle verbindet der Wunsch, unsere Stadt lebenswert zu gestalten und eine gute Zukunft für Offenbach aufzubauen. In den vergangenen Jahren musste Offenbach schwierige wirtschaftliche Strukturveränderungen verkraften. Die regierenden Parteien haben unter dem Regiment des Schutzschirmes ihre visionären Ideen begraben. Stattdessen hat man – in vorauseilendem Gehorsam – gespart und gekürzt.

Öffentliche Einrichtungen wurden geschlossen, Personal abgebaut, Dienstleistungen verschlechtert, durch Privatisierungen das Tafelsilber verhöckert, freiwillige Leistungen als Kernelement der kommunalen Selbstverwaltung faktisch abgeschafft.

Und was ist das Ergebnis? Die Schulden wurden minimal reduziert und längst überfällige Schulsanierungen um Jahre hinausgeschoben. Die Politik der Umverteilung von unten nach oben wird weiter zementiert. Offenbach braucht einen Schuldenschnitt.

DIE LINKE. steht für eine andere Politik: Deswegen möchte ich eine solidarische Gesellschaft mit sozialer Teilhabe für Alle. Ich möchte, dass jeder Mensch sich darauf verlassen kann: Bei Krankheit, im Alter oder bei Erwerbsunfähigkeit steht die Gesellschaft solidarisch an meiner Seite. Als Maßstab muss das Wohl der Menschen gelten und nicht die Gewinne auf den Finanzmärkten. Das ist für mich eine Frage der Prioritäten, denn ohne Solidarität gibt es keine Demokratie.

Die Schwerpunkte der Politik für Offenbach sind für mich eng mit dem Kommunalpolitischen Programm der LINKEN Offenbachs verbunden.

- Soziale Spaltung in Reiche und Arme verhindern, trotz Schutzschirm-Sanktionen.
- Schaffung und Erhaltung von angemessenem Wohnraum und Gewährleistung von bezahlbaren Mieten für Alle.
- Gegen Privatisierung öffentlicher Einrichtungen, für die Stärkung öffentlicher Daseinsvorsorge,
- Ausbau von

Kindertageseinrichtungen, Modernisierung des Schulsystems, mehr Geld für Bildung.

- Entstehen für eine Beschäftigungspolitik, die tariflich bezahlte Arbeit sichert und weiteres Outsourcing verhindert.

- Mehr Demokratie wagen - Bürgerengagement durch aktive Beteiligung der Bürger am politischen Geschehen

DIE LINKE. Offenbach setzt sich aktiv gegen alle Formen von Diskriminierung und Rassismus ein. Sie steht für eine lebens- und lebenswerte Stadt: Bunt, kreativ und vielfältig!

Liebens- und lebenswerte Stadt

Bezahlbarer Wohnraum

In Offenbach werden viele Freiflächen mit hochpreisigem Wohnraum bebaut. Für Menschen mit geringem Einkommen entstehen dagegen fast keine neuen Wohnungen. Die Wohnungsbauprojekte, die derzeit in Offenbach verwirklicht werden, zielen in der Regel auf das Erwirtschaften eines hohen Gewinns für die Investoren.

Im Sinne einer guten kommunalen Daseinsversorgung muss die Stadt alle Bewohner*innen mit angemessenem Wohnraum versorgen.

DIE LINKE.Offenbach fordert deshalb seit Jahren, größere Wohnbauprojekte nur noch zu genehmigen, wenn sich die Investoren verpflichten, 30 % preisgebundene Mietwohnungen

in dem jeweiligen Projekt zu errichten.

So ist es auch in den wohnungspolitischen Leitlinien der Stadt vorgesehen – faktisch ist DIE LINKE. in Offenbach aber die einzige Kraft in der Kommunalpolitik, die bei neuen Projekten immer wieder die konkrete Umsetzung dieser Quote einfordert.

Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass es in Offenbach bezahlbare Mieten gibt und die angestammten Bewohner*innen nicht durch steigende Mieten aus ihren Wohnungen und/oder aus ihrem angestammten Viertel vertrieben werden.

Deshalb fordern wir die Kappung der Mieten um fünf Prozent in fünf Jahren und die Deckelung um fünf Prozent unterhalb des geltenden Mietspiegels. So bleiben Mieten langfristig bezahlbar.

Mit der Kappung von Mieterhöhungen wird dem Preisanstieg auf dem gesamten Wohnungsmarkt entgegengewirkt. Der Mietspiegel wird langfristig beeinflusst und stabilisiert. Es muss schnell gehandelt werden, um den bereits vorhandenen Schaden zu begrenzen. In Frankfurt wurde eine Kappungsgrenze bereits von der Frankfurter ABG Holding erfolgreich umgesetzt.

Die GBO als städtisches Unternehmen muss in die Lage versetzt werden, Wohnungen für Menschen, die wenig Geld haben bereitzustellen und sich durch sozialverträgliche Mieten auszeichnen. Die Stadtverordnetenversammlung muss sich endlich dafür einsetzen, den Bewohner*innen Offenbachs bezahlbaren Wohnraum anzubieten. Dafür braucht es Beschlüsse und konsequente Verhandlungen, die weitreichender sind als Leitlinien, die in der Praxis kaum Anwendung finden.

Vorbild ist hier die Stadt Wien: die Städtische Wohnungsbaugesellschaft stellt für die breite Masse der Stadt bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung und hält damit seit Jahren die Mieten stabil.

Sozial-ökologische Stadt- und Verkehrsplanung

Öffentliche Grünflächen, Naherholungsgebiete, Freizeit- und Sportanlagen bestimmen wesentlich die Lebensqualität in der Stadt. Sie bieten Ausgleich zu den Belastungen städtischen Lebens und bieten Jung und Alt wichtige Handlungs- und Erfahrungsräume.

DIE LINKE. steht für einen Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs aus ökologischen aber auch aus sozialen Gründen. Die Vorrangstellung des Automobils muss überwunden werden, wenn man Klima- und Umweltschutz ernst nimmt.

Dem Fahrrad als umweltschonendem

Fortbewegungsmittel muss in der Verkehrsplanung ein hoher Stellenwert eingeräumt werden. Dazu gehören im Besonderen der Ausbau von Radwegen und ausreichende Fahrradstellflächen.

DIE LINKE. hat sich am langjährigen Widerstand gegen den Flughafenausbau beteiligt. Das strikte Nachtflugverbot ist mittlerweile gesellschaftlicher Konsens.

Ein Flughafenausbau ohne mehr Lärm ist unmöglich, deswegen lehnen wir jeglichen weiteren Ausbau des Flughafens ab.

Kommunale Selbstverwaltung stärken

Wieder mehr Entscheidungsrechte, Demokratie und Mitbestimmung vor Ort

Die kommunale Selbstverwaltung steht im Grundgesetz. Sie ist aber aufgrund fehlender finanzieller Mittel und fehlendem Einfluss auf die Gesetzgebung ein Papiertiger.

Eine andere Steuerpolitik sowie mehr Entscheidungsrechte zugunsten der Kommunen sind deshalb dringend notwendig und müssen in entsprechenden Verhandlungen durchgesetzt werden.

Von einer Vermögenssteuer würden die Kommunen ganz unmittelbar mit Milliardenbeträgen profitieren. Einnahmen, die vor Ort in Bildung, erneuerbare Energien und nicht zuletzt in die Infrastruktur und ein soziales Miteinander investiert werden könnten.

Damit wird eine weitere und noch tiefere Spaltung in arm und reich verhindert. Wir wollen soziale gerechte Steuern und eine solide Beteiligung der Kommunen an diesen Steuern: Millionärs-, Vermögens-, Finanztransaktionssteuer bieten Chancen für Investitionen in Bildung, Umwelt, Soziales und Infrastruktur.

Gute Arbeit in der Kommune und aktive Arbeitsmarktpolitik

DIE LINKE. will gute Arbeit statt

ungesicherter prekärer und unterbezahlter Beschäftigung. Deshalb soll jede Erwerbstätigkeit sozial versichert sein. Es gilt zu verhindern, dass reguläre Beschäftigungsverhältnisse durch Leiharbeit, Scheinselbständigkeit, Missbrauch von Werkverträgen, Endlospraktika-Schleifen oder Minijobs ersetzt werden.

So sind in der Stadtverwaltung und in vorhandenen stadteigenen Unternehmen und Unternehmen mit städtischer Beteiligung die orts- und branchenüblichen Tarifverträge anzuwenden.

Öffentliche Aufträge dürfen nur an (vorzugsweise regionale) Unternehmen vergeben werden, die Tarifverträge und Schwerbehindertenquoten einhalten sowie der Frauenförderung nachkommen.

Die Stadtverwaltung als Auftraggeberin muss sich in ihrer wirtschaftlichen Betätigung vorbildlich darstellen.

Unternehmen der Grundversorgung in Eigenregie zu führen ist hierbei eine der Kernaufgaben und tragenden Säulen der kommunalen

Selbstverwaltung.

DIE LINKE. geht in ihren Forderungen noch ein Stück weiter und verlangt, dass städtische Dienstleistungen der Daseinsvorsorge unter dem Prinzip der Kostendeckung anstatt dem Prinzip der Gewinnerorientierung kalkuliert werden.

In den vergangenen Jahren wurden viele Vollzeit Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst abgebaut oder einfach nicht wiederbesetzt. Dieser Trend muss gestoppt und wieder umgekehrt werden.

Die sogenannte ‚Schuldenbremse‘ lehnen wir ab. Offenbach muss in die Lage versetzt werden, über unmittelbar gesetzliche Vorgaben hinaus Investitionen in die Zukunft leisten zu können.

Privatisierung verhindern

Das demokratische Gemeinwesen hat den Bewohner*innen eine Grundversorgung zu garantieren. Dazu gehören Bildung, Gesundheitswesen, Trinkwasser,

Energie, Nahverkehr, Straßen, Sportstätten, Naherholungs- und Grünbereiche, Entsorgung und Entwässerung.

Die ursprünglich aus Steuermitteln aller finanzierten Infrastruktureinrichtungen unterliegen seit langem einem Trend zur Privatisierung. Durch eine verfehlte Steuerpolitik wurde es den Kommunen zunehmend schwer gemacht, diese Aufgaben noch selbst zu lösen, ohne sich erheblich zu verschulden oder zur schrittweisen Privatisierung ihrer Betriebe überzugehen. Das bedeutet, die breite Masse der Bevölkerung zahlt über Preissteigerungen bei gleichzeitig nachlassendem Service die Zeche hierfür.

DIE LINKE. fordert, dass die Stadt Offenbach die kommunale Daseinsvorsorge in den genannten Bereichen als die wesentliche Verantwortung gegenüber der Bürgerschaft wieder wahrnimmt, ihren politischen Einfluss auf diese Bereiche verteidigt und wieder erweitert.

Gesundheit ist keine Ware

Wir wollen ein solidarisches gerechtes und barrierefreies Gesundheitssystem, in dem die Versorgung der Patient*innen im Mittelpunkt steht. Gesundheit darf nicht weiter zu einem Markt verkommen, auf dem Profite mehr zählen als Menschen.

Statt immer weiter zu privatisieren, muss das Gesundheitssystem als Teil des Sozialstaates wieder öffentlich organisiert werden. Der Ökonomisierung des Gesundheitswesens steht nicht nur einer guten Versorgung sondern auch gute Arbeitsbedingungen der Beschäftigten entgegen.

Wir fordern:

- unsere Krankenhäuser wieder bedarfsgerecht zu finanzieren.
- die ambulante gesundheitliche Versorgung sowohl in den Städten als auch auf dem Land zu verbessern – weg mit den langen Wartezeiten.

Recht auf Arbeit

Stärkung des Arbeitsmarktes

Jede Frau und jeder Mann hat ein Recht auf gute Arbeit, auf eine Erwerbstätigkeit, die anständig bezahlt wird, die ein existenzsicherndes Einkommen und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht, auf eine Arbeit, die nicht krank macht.

Das Gegenteil ist der Fall und immer weniger Beschäftigte werden durch einen Betriebs- oder Personalrat vertreten oder durch Tarifverträge geschützt. Nach jahrelanger Senkung der Reallöhne brauchen wir wieder deutlich steigende Masseneinkommen. Auch hier ist die öffentliche Hand gefordert: Bund, Länder und Kommunen müssen ihre Investitionen im Sinne sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit deutlich steigern. Hier sind vor allem die Bereiche Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheit, Sozialwesen Sport- und Kultur zu nennen.

Frauenrechte ausbauen

Frauen verdienen im Durchschnitt immer noch 22 Prozent weniger Geld als Männer.

Mehr als zwei Drittel der Beschäftigten im Niedriglohnbereich sind Frauen. Frauen sind durch Familienarbeit und Erwerbstätigkeit doppelt belastet und diese Benachteiligung zieht sich durch bis zur Rente.

Für diese schlechten Ausgangssituationen sind aber nicht die Frauen sondern die gesellschaftlichen Lebens- und Rahmenbedingungen verantwortlich. Hier gilt es, strukturelle Veränderungen vorzunehmen und Familien insgesamt dort zu unterstützen, wo sie es brauchen. Alleinerziehende - Ein-Eltern-Familien - machen einen großen Anteil der Familien aus und sind zugleich am stärksten von Armut betroffen. Sie brauchen unsere Unterstützung beim Zugang zu Ausbildung und Arbeit, zur Teilhabe am öffentlichen Leben und bei der Chancengerechtigkeit für ihre Kinder in der Bildung.

Erwerbslosigkeit anders gestalten

Rund eine Million Menschen in Deutschland sind länger als ein Jahr erwerbslos. Der größte Teil von ihnen erhält Arbeitslosengeld II. Das bedeutet Armut und Ausgrenzung.

Auch bei noch so guter Vermittlung durch die Arbeitsagentur haben viele kaum eine Chance auf dem Arbeitsmarkt. Denn es fehlen adäquate Arbeitsplätze. Da haben vor allem Erwerbslose das Nachsehen, die aus den verschiedensten Gründen lange Zeit keiner Beschäftigung nachgehen konnten.

Zur gleichen Zeit gibt es viele dringende gesellschaftliche Aufgaben, die bisher kaum oder gar nicht erlegt werden. Die sich beispielsweise für die Privatwirtschaft nicht lohnen, da sie keine Profite versprechen. Hier sind u.a. die Arbeit in Frauenzentren oder der Kinderbetreuung zu nennen. Auch im ökologischen oder kulturellen Bereich gibt es viele Beschäftigungsmöglichkeiten, die bisher nicht erschlossen sind.

Hier ist die öffentliche Hand gefordert, mehr Initiative zu zeigen. Öffentlich geförderte Beschäftigung eröffnet die Chance, Langzeiterwerbslosen eine sinnvolle gesellschaftlich notwendige Tätigkeit anzubieten.

Ehrenamt fördern

Freiwilliges bürgerschaftliches Engagement bereichert das gesellschaftliche Leben. Darin spiegeln sich die Fähigkeiten und der Mut der Bürger*innen, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen. Eine demokratische Gesellschaft lebt von diesem Engagement.

Freiwillige ehrenamtliche Arbeit darf aber nicht als Lückenbüßer für einen Abbau des Sozialstaates und regulären Beschäftigungsverhältnissen missbraucht werden. Freiwilligenarbeit, Selbsthilfe und Ehrenamt müssen in unserer Gesellschaft einen höheren Stellenwert bekommen. Dafür sind gute Rahmenbedingungen zu schaffen. Das bürgerliche Engagement von

Migrant*innen ist von besonderer Bedeutung für das Zusammenleben und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Gute Erziehung und Bildung

Betreuungsangebote verbessern

Die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes belastet die Familien. Familienfreundlichere Arbeitszeiten sind eher die Ausnahme: ein Viertel aller Beschäftigten arbeitet an den Wochenenden, jeder Zehnte nachts. Jeder Fünfte der 35-Jährigen hat nur ein befristetes Arbeitsverhältnis.

Wo die Wirtschaft maßgeblich durch Kleinbetriebe und Freiberufler von knallharter Konkurrenz getragen wird, findet Familienfreundlichkeit nicht statt, ist eher Selbstausbeutung gefragt.

Da wird der Ruf nach „flexibler Kinderbetreuung“ vehement laut. Es wird über Schichtdienst in

Kita's diskutiert. Wollen wir, dass bereits unsere Kleinsten „schichten“ müssen? Eine Herausforderung unserer Gesellschaft, die berechtigten Forderungen der Eltern mit dem Kindeswohl, den Interessen der Erzieher*innen und den finanziellen Ressourcen in Einklang zu bringen.

Wir wollen kostenlose Betreuungseinrichtungen mit flexiblen Öffnungszeiten, damit Beruf und Familienleben gut vereinbart werden können. Das funktioniert allerdings nur mit guten Standards in den Einrichtungen.

Unabhängig davon sind die Unternehmen aufgefordert, gute familienfreundliche Arbeitszeitmodelle zu schaffen. Statt einer Flexibilisierung von Arbeitszeit, die sich nur an den betrieblichen Erfordernissen orientiert, brauchen Familien mehr Zeitautonomie. Für uns steht das Wohl des Kindes im Mittelpunkt und nicht die Verwertung der Eltern in der Leistungsgesellschaft.

Darüber hinaus sind

Auseinandersetzungen um die Aufwertung der Arbeit von Erzieher*innen und Kinderpfleger*innen zu führen, deren Löhne allgemein viel zu niedrig sind.

Wenn wir über die Aufwertung der Arbeit von Kita-Beschäftigten sprechen, geht es neben den Rechten dieser Berufsgruppen auch um das Recht der Kinder auf frühkindliche und vorschulische Bildung. Es geht um das Zusammensein mit anderen Kindern unterschiedlicher sozialer und kultureller Herkunft, die prägend für ihr weiteres Leben sein werden.

Bildungsvielfalt ausbauen

Bildung ist eine wichtige Grundvoraussetzung für die Verwirklichung eines selbstbestimmten Lebens sowie für eine lebendige und solidarische Gesellschaft, in der die Menschen mit gegenseitigem Respekt und Solidarität am öffentlichen Leben teilhaben und sich kreativ und kritisch einmischen können.

Bildung öffnet Türen für die persönliche Entwicklung und im Berufsleben. Beide Faktoren müssen gleichwertig betrachtet werden. Der Bildungszugang muss unabhängig von der sozialen Herkunft leicht möglich sein.

Dafür muss die Schulgesetzgebung die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen, die dann allen Schüler*innen – unabhängig von ihrem Wohnort – den ihrer Begabung entsprechend höchstmöglichen Bildungsabschluss ermöglicht. Besonders sind die Kinder zu fördern, die von sozialer Ausgrenzung bedroht oder betroffen sind.

Schulen für Alle

DIE LINKE. will, dass Schule ein Lern- und Lebensort wird, in dem vielseitige genre-, schicht- und ethnien-übergreifende Kulturereignisse sowie die Entwicklung sozialer Kompetenzen und demokratischer Grundhaltung gleichwertig neben der

Wissensvermittlung stehen.

DIE LINKE. plädiert für eine Grundversorgung in den Schulen. Dazu gehören zum Beispiel Verbesserung der Sprachkenntnisse, Hausaufgabenbetreuung und regelmäßiges gesundes und warmes Mittagessen. Dazu gehört aber auch, den Übergang in die berufliche Ausbildung zu begleiten.

Eine weitere wichtige Aufgabe ist die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Beeinträchtigungen. Inklusion droht aber an unzureichenden finanziellen Mitteln zu scheitern. Dazu gehören vor allem zu volle Klassen und fehlendes pädagogisches Fachpersonal. Unseren Lehrer*innen wird damit viel zugemutet, da trotz guter Konzepte, in der Praxis und bei der Umsetzung der Lehrpläne großer Stress entsteht. Häufig sind sie der Kritik von Eltern ausgesetzt die befürchten, dass ihre Kinder im Leistungsniveau „abgehängt“ werden. Der Lehrerschaft allein kann diese Verantwortung nicht aufgebürdet werden.

Wir fordern echte Ganztagschulen, in denen eine über den Tag verteilte Rhythmisierung des Unterrichts- und Freizeitangebotes altersgerecht auf Leistungsvermögen, Konzentrationsfähigkeit und Bewegungsbedarf abgestimmt ist. Arbeitsgruppen und Vereinsangebote müssen Teil einer Schule als Lebensraum sein.

Kinderarmut bekämpfen

Ein Skandal ist die regional hohe Konzentration von Kinderarmut – auch in Offenbach. Die Armut und Benachteiligung vieler Kinder, Jugendlicher und ihrer Familien wirksam zu bekämpfen, ist für uns eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Dazu gehört, die marode Infrastruktur wieder aufzubauen. Keine kaputten Spielplätze, Jugendzentren und Sportplätze mehr.

Ausreichende Spielplätze

Eine flächendeckende Versorgung mit Spielplätzen ist für DIE LINKE. eine Investition in unsere Zukunft. Spielplatzsanierungen und Neubauten soll eine hohe Priorität zukommen.

Inklusion leben

Alle wollen dabei sein. Das ist auch der Wunsch von Menschen, die mit Handicaps leben. Das Recht auf Teilhabe ist ein Grundrecht und braucht in seiner Umsetzung die besondere Aufmerksamkeit und aktive Leistung einer modernen Gesellschaft.

Es ist eine Herausforderung - gerade auch für öffentliche Einrichtungen und in der Kinder- und Jugendhilfe - diesen Perspektivwechsel zu unterstützen. Inklusion fängt eben im Kleinen an und bei den Jüngsten, die sich im Sandkasten oder auf Spielwiesen unvoreingenommen und auf Augenhöhe begegnen. Deshalb fordern wir den inklusiven Ausbau von

Spielstätten für Kinder.

Volkshochschule erhalten und ausbauen

DIE LINKE. setzt sich dafür ein, dass die VHS ihre Angebotspalette weiter in vollem Umfang erhalten und pflegen kann. Dazu gehört ausdrücklich eine Verbesserung der finanziellen Ausstattung.

Der Mensch im Mittelpunkt

Teilhabe und Selbstbestimmung im Alter

DIE LINKE. unterstützt alle Initiativen, die den Senior*innen helfen und sie ermutigen, ihre Mitbestimmungsrechte in der demokratischen Gestaltung des Gemeinwesens einzufordern und auszuüben.

Wir wollen, dass Möglichkeiten zum betreuten Wohnen im ursprünglichen Umfeld als auch einkommensunabhängige Sicherung der Betreuung gewährleistet werden kann.

Wir unterstützen Forderungen nach speziellen Kultur-, Sport- und Freizeitangeboten. Wir wollen mehr Achtsamkeit bei der barrierefreien Gestaltung des öffentlichen Raumes, ausreichende Sitzgelegenheiten und des Zugangs zum öffentlichen Nahverkehr.

Entfaltungsräume für Jugendliche

DIE LINKE. fordert den Erhalt und Ausbau von Projekten und Einrichtungen zur sinnvollen sport-, kultur- und gesellschaftsbezogenen Freizeitgestaltung für Jugendliche. Bestehende Einrichtungen müssen weiter geführt werden.

Insbesondere die Förderung von Streetwork und neuen integrativen multikulturellen Projekten muss ausgebaut werden, damit Jugendliche mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund eine Wertschätzung der Vielfalt erlangen und diese als Bereicherung erleben können.

Schutz für Frauen und Familien

Sexuelle Nötigung, häusliche Gewalt, Zwangsheirat und Zwangsprostitution sind immer noch Teil der gesellschaftlichen Realität auch in Offenbach. Es ist an der Zeit, dass alle Männer und Frauen an der Gestaltung gewaltfreier Verhältnisse sowie der tatsächlichen Gleichstellung der Geschlechter praktisch und theoretisch mitwirken.

DIE LINKE. tritt für eine Sicherung und Erweiterung der bestehenden Notruf- und Beratungsstellen für weibliche Gewaltopfer ein. Sowohl Problematik als auch Hilfsangebote müssen durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit dauerhaft im öffentlichen Bewusstsein verankert werden.

Migration und Integration ist selbstverständlich

Das friedliche Zusammenleben von Menschen verschiedenster Herkunft in Offenbach zeigt, dass Integration und Teilhabe aller Nationen, Ethnien, Kulturen und Religionen möglich ist und die

Kommune stärkt.

Offenbach kann ein gutes Beispiel für eine tolerante, weltoffene und internationale Stadt sein, in der alle Menschen friedlich, verantwortungsvoll und aktiv am gesellschaftlichen Leben Anteil nehmen können. Es geht hierbei um Geben und Nehmen.

Grundvoraussetzung ist die Ausweitung der kostenfreien Sprachbildung, um damit das Erlernen der deutschen Sprache zu fördern. Des Weiteren ergänzende Angebote, um über individuell erforderliche Maßnahmen die Integration in unsere Gesellschaft zu ermöglichen und Ausgrenzung zu vermeiden.

Gegen Faschismus und Rassismus

Jede Form von Rassismus richtet sich gegen ein friedliches Miteinander. Rassismus verletzt die Würde des Menschen und verhindert Solidarität. Wir wenden uns gegen alle Kräfte, die Vorurteile gegen religiöse, ethnische oder sonstige Gruppen

schüren oder diese zu einem Sündenbock für eine gewollt verfehlte Sozialpolitik machen.

Das Auftreten von faschistischen Organisationen ist nicht zu dulden. Bei Veranstaltungen solcher Organisationen muss die Öffentlichkeit über deren wahre Hintergründe und Ziele informiert werden.

Kommune für den Frieden

DIE LINKE. ist als Teil der Friedensbewegung gegen militärische Rüstung und internationale Kriegseinsätze.

Wir befürworten Städtepartnerschaften und wollen sie dazu nutzen, die internationale Zusammenarbeit von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Vereinen und Kultureinrichtungen zu stärken. Wir setzen uns ein, für eine solidarische Kooperation der Kommunen auf europäischer und internationaler Ebene.

Sicherheit, Wohlstand, Demokratie und Freiheit sind nur im Frieden möglich.

A woman with blonde hair, wearing a blue button-down shirt and a black skirt, stands outdoors. She is positioned in front of a red text box. In the background, there is a lake, a wooden bench, and some greenery. The scene is brightly lit, suggesting daytime.

Als Maßstab muss das Wohl der
Menschen gelten und nicht die
Gewinne auf den Finanzmärkten.
Das ist für mich eine Frage der
Prioritäten, denn ohne
Solidarität gibt es keine

Demokratie.

DIE LINKE.

Kreisverband Offenbach-Stadt



Jede Form von Rassismus
richtet sich gegen ein
friedliches Miteinander.
Rassismus verletzt die
Würde des Menschen und
verhindert Solidarität.

DIE LINKE.
Kreisverband Offenbach-Stadt

DIE LINKE.

Kreisverband Offenbach-Stadt